

Brexit: Westafrika muss sich auf Verschiebungen in der Entwicklungszusammenarbeit einstellen

22.07.2016

Accra (GTAI) - Der Brexit genießt in den lokalen afrikanischen Medien keine Priorität. Der ghanaische Daily Graphic behandelt das Thema zwar unter der Rubrik "Internationale Nachrichten", allerdings keineswegs an vorderster Stelle. Gleiches gilt für die nigerianische Zeitung Vanguard. Die Folgen des britischen Ausstiegs aus der EU für Afrika sind noch völlig unklar. Viele Beobachter halten die Risiken für sehr überschaubar.

Anders als die südafrikanische Wirtschaft verfügen die westafrikanischen Länder nur über sehr wenige international agierende Unternehmen, die Waren nach Europa exportieren und nun eventuell ihren Firmensitz von London auf das Festland verlegen müssten. Eine der wenigen Ausnahmen stellen einige nigerianische Banken dar, die ihre Europeaniederlassung in London betreiben. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Banken nun zusätzlich Niederlassungen in Frankfurt oder Paris eröffnen müssen, um das EU-Geschäft abdecken zu können.

Britische Wirtschaftskrise würde Heimüberweisungen der Diaspora beeinträchtigen

Auch in anderer Hinsicht dürfte Nigeria die Folgen des Brexits am ehesten zu spüren bekommen. Das anglophone Land ist sehr eng mit London verknüpft. Viele wohlhabende Nigerianer haben ihr Geld aus Nigeria ins Vereinigte Königreich heraustransferiert. Verliert das britische Pfund massiv an Wert, dann sorgt das auch in Nigerias Oberklasse für schlechte Stimmung. Auch die Rücküberweisungen der Diaspora, für viele afrikanische Länder ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, würden leiden, wenn die britische Wirtschaft in eine Krise schlittert. Dies gilt für sämtliche anglophone Länder wie Nigeria, Ghana, Sierra Leone oder Liberia. Alleine die nigerianische Diaspora soll 2015 Gelder in Höhe von 21 Mrd. US\$ in die Heimat überwiesen haben.

Verschärfung der Einwanderungspolitik wird erwartet

In diesem Zusammenhang wird man in Afrika auch mit Spannung auf mögliche neue Entwicklungen in der Immigrationspolitik von Großbritannien achten. Schon innerhalb der EU verfolgte das Land eine eher restriktive Linie, vor allem im Vergleich zu Deutschland. Gerade für afrikanische Familien aus anglophonen Ländern wie Ghana und Nigeria ist London innerhalb Europas das Ziel der Wahl. Experten davon aus, dass sich die britische Einwanderungspolitik eher verschärfen wird.

Euro-Anbindung des Franc FCA könnte nachteilige Wirkungen haben

Weniger bedeutsam erscheint der Einfluss des Brexits für die entlang der afrikanischen Westküste überwiegend frankophonen und lusophonen Länder. Dort orientiert man sich seit jeher nach Paris oder Lissabon. Allerdings könnten den frankophonen Ländern Instabilitäten durch Währungsturbulenzen des Euro drohen. Die Währungen der überwiegenden Anzahl der frankophonen Länder sind über den Franc FCA an den Euro gebunden. Kommt das EU-Projekt ins Wanken, dann gerät auch der Euro unter Druck und damit die Währungen dieser Länder.

Ungewissheit bei den Geberhilfen

Zu Veränderungen dürfte es bei den Geberhilfen kommen. Die meisten Länder in der Region sind traditionell stark von ausländischen Zuschüssen abhängig und gerade die EU hat ihre Präsenz mit den EU-Delegationen und

BREXIT: WESTAFRIKA MUSS SICH AUF VERSCHIEBUNGEN IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT EINSTELLEN

ihre Unterstützung in den letzten Jahren deutlich erhöht. Bricht mit Großbritannien nun eines der wichtigsten zählenden Länder der EU weg, könnten sich daraus Probleme ergeben.

Neue Handelsabkommen müssen ausgehandelt werden

Bislang basieren die Handelsbeziehungen Großbritanniens mit afrikanischen Ländern auf von der EU ausgehandelten Verträgen wie dem Cotonou-Abkommen aus dem Jahre 2000 oder regionalen Abkommen mit Wirtschaftsgemeinschaften wie der westafrikanischen ECOWAS. Während die Abkommen von EU-Seite aus weiter Bestand haben, müssen von britischer Seite unter Umständen neue Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten ausgehandelt werden. Dies könnte Jahre dauern und große Unsicherheit unter den Handelspartnern mit sich bringen. Die meisten Experten gehen von einer pragmatischen Herangehensweise der Briten aus. Dies würde ein weitgehendes Fortbestehen der derzeit gültigen Verträge implizieren.

(C.E.)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.